

PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
www.bund-niedersachsen.de

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



05. Dezember 2012

Thema: Fracking

Region: Niedersachsen

Hintergrund: Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen

Kein Fracking in Niedersachsen!

BUND fordert von der Niedersächsischen Landesregierung ein Verbot für unkonventionelle Erdgasförderung

Anlässlich der Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen gegen Fracking fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz Niedersachsen von der Landesregierung, auf die Hochrisikotechnologie in Niedersachsen ganz zu verzichten.

Der BUND lehnt nach einem Beschluss seiner Bundesdelegiertenversammlung am 25. November 2012 die Erteilung von Aufsuchungserlaubnissen sowie Forschungs-, Probe- und Gewinnungsbohrungen zur Gewinnung von Erdgas mittels Fracking kategorisch ab, weil es sich um eine Technologie handelt, deren Umweltauswirkungen kaum kontrollierbar und unerwünschte Folgen nicht wieder reparierbar sind.

Zu den Risiken, die beim Fracking existieren, zählt an erster Stelle die Verschmutzung der Grundwasserreserven durch giftige und krebserregende Zusatzstoffe, die in die Gesteinsschichten gepresst werden, um dem dort lagernden Gas an die Oberfläche zu verhelfen. Sind die Gifte einmal in einen Grundwasserleiter eingedrungen, ist die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung in Gefahr.

„Die Gewinnung unkonventionellen Erdgases durch Fracking ist durch nichts gerechtfertigt“ so Dr. Stefan Ott, stellvertretender Landesgeschäftsführer des BUND Niedersachsen. „Unzureichende Kenntnisse machen diese Technologie zu einem unkalkulierbaren Risiko für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und des grundgesetzlich verbrieften Anspruchs der Menschen auf Leben und Gesundheit. Dies bestätigt im Wesentlichen auch eine Studie des Umweltbundesamtes vom August diesen Jahres.“

Der BUND Niedersachsen wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass die gefährliche Fracking-Technik in Niedersachsen nicht zum Einsatz kommt und die natürlichen Lebensgrundlagen der heutigen und künftigen Generationen nicht durch wirtschaftliche Interessen gefährdet werden.

HINTERGRUND

Beim Fracking wird mit einer Horizontalbohrtechnik in über 1.000 m tief gelegene Gesteinsschichten gebohrt. In das Mantelrohr der Bohrung werden Löcher geschossen, durch die unter hohem Druck ein Gemisch von Wasser und Zusatzstoffen in das Speichergestein gepresst wird. Pro Frack kann die Wassermenge bis zu 5.000 Kubikmeter betragen. Durch die Fracks werden Drücke von über 1.000 bar im Gestein erzeugt, es entstehen Risse, durch die das Gas abfließen kann. Damit sich die Risse bei nachlassendem Druck nicht wieder schließen, wird das Wasser mit sogenannten Stützmitteln und Chemikalien vermischt.

Die verwendeten Chemikalien sind teilweise für Mensch und Umwelt gefährlich. In Niedersachsen wurden bei Probebohrungen bereits 70 unterschiedliche Stoffe verwendet, darunter sogenannte BTEX Chemikalien (Benzole, Toluol, Ethylbenzol, Xyluol), Propylalkohole, Aromate, Benzene, Naphtalene, Chloride und Biozide. Für Menschen besonders giftig ist beispielsweise das 2-Butoxyethanol. Rund 39 Tonnen dieses Giftes wurden beim Fracking der Bohrung Goldenstedt Z23 eingesetzt. Insgesamt wurden dort mehr als 58 Tonnen gefährliche Chemikalien verwendet, etliche davon werden als giftig und gewässergefährdend eingestuft.

Das giftige Potenzial für Mensch und Umwelt vieler dieser Chemikalien ist groß. Gleiches gilt für das sogenannte Lagerstättenwasser. Dieses kommt natürlich im Untergrund vor und gelangt mit der Förderung nach oben. Es enthält radioaktive Stoffe, giftige Kohlenwasserstoffe und gefährliche Schwermetalle.

Fracking ist, trotz aller Beteuerungen der Energiekonzerne in teureren TV-Spots, nach Überzeugung des BUND eine große Gefahr für den Gewässerhaushalt und den Boden. Die Chemikalien und das Lagerstättenwasser können wegen Undichtigkeiten des Systems Trinkwasservorkommen beeinträchtigen. Materialermüdung von Leitungen führte schon mehrfach zu Verunreinigungen des Bodens durch krebserzeugendes Benzol.

Im Rotenburger Bereich traten auch kleinere Erdbeben durch Fracking auf.

Der BUND fordert aufgrund der unkalkulierbaren Risiken ein vollständiges Verbot von Fracking in Niedersachsen.

Solange dies nicht realisiert ist muss kurzfristig eine umfassende Reform des Bergrechts herbeigeführt werden, die Umweltverträglichkeitsprüfungen für Erkundungs-, Probe- und Gewinnungsbohrungen mit weitreichender Beteiligung der betroffenen Bürger vorsieht. Gleichzeitig fordert der BUND ein Moratorium für bereits erteilte Genehmigungen, bei denen diese elementaren Grundlagen nicht vorliegen.

Rückfragen zum Thema an:

Dr. Stefan Ott

BUND Landesverband Niedersachsen

Tel. (0511) 965 69 - 13

E-Mail: stefan.ott@nds.bund.net

Pressekontakt:

Stephan Held

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

BUND Landesverband Niedersachsen

Tel. (0511) 965 69 - 39

E-Mail: stephan.held@nds.bund.net

Internet: www.bund-niedersachsen.de